

HAUSHALT				2024/2025	
STELLUNGNAHME zu Antrag				DHH/2023/3001	
Weiterführung der Koordinierungsstelle Istanbul Konvention Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, SPD, KAL-Die Partei, Die Linke					
Seite HH-Plan	Produktgruppe	Kontierungsobjekt		Plankonto/FiPo	
139	1 114-300				
Stellenveränderung (VZW)					
2024	2025	2026	2027	2028	
1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	
Wählen Sie ein Element aus					
2024	2025	2026	2027	2028	

Das bei Stellenschaffung erstellte Konzept zur Umsetzung der Vorgaben der Istanbul-Konvention wurde in mehrere Phasen eingeteilt. Teil 1 (Bestands- und Bedarfsanalyse für die Gewaltformen häusliche und sexualisierte Gewalt sowie (Zwangs-)Prostitution und Menschenhandel) ist abgeschlossen, die zweite Konzeptphase soll bis März 2024 fertig gestellt sein (Bestands- und Bedarfsanalyse für die Gewaltformen Zwangsheirat, Verstümmelung weiblicher Genitalien, Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation sowie Straftaten im Namen der sogenannten „Ehre“).

Auf Grund der aktuellen Finanzlage und der erwarteten finanziellen Entwicklung kann eine Ausweitung der Aufwendungen und Zuschüsse in den Bereichen der „freiwilligen Leistungen“ und „Pflichtaufgaben ohne Weisung“ im Doppelhaushaltsplan 2024/2025 aus Sicht der Verwaltung nicht erfolgen.

Die Verwaltung empfiehlt vor diesem Hintergrund, den Antrag abzulehnen.